

# Soziale und Ökologische Folgekosten des kapitalistischen Wachstumsprozesses

Anja Holm, Markus Folz, Lars Perle

13.1.1997

Seminar für Politikwissenschaft

Dozent: Dr. Axel Bust-Bartels

Seminarthema: Ausgewählte Probleme einer ökologischen Wirtschaftspolitik

Seminar für Fortgeschrittene im WS 96/97

©Anja Holm, Markus Folz, Lars Perle

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Soziale Folgekosten im Bereich Umwelt</b>	<b>4</b>
2.1	Entstehung der externen Folgekosten . . . . .	5
<b>3</b>	<b>Folgekosten im Gesundheitssystem</b>	<b>7</b>
3.1	Direkt verursachte Gesundheitsschäden . . . . .	7
3.2	Durch Arbeitslosigkeit verursachte Gesundheitsschäden . . . . .	9
3.3	Durch Umweltbelastungen verursachte Gesundheitsschäden . . . . .	9
<b>4</b>	<b>Soziale Folgekosten der Arbeitslosigkeit</b>	<b>10</b>
4.1	Arbeitslosigkeit als Folge des Wirtschaftswachstums . . . . .	10
4.2	Direkte Folgekosten der Arbeitslosigkeit . . . . .	10
4.2.1	Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe . . . . .	10
4.2.2	Rente . . . . .	10
4.2.3	Sozialhilfe . . . . .	11
4.3	Indirekte Folgekosten der Arbeitslosigkeit . . . . .	11
4.3.1	Krankheiten infolge von Arbeitslosigkeit . . . . .	11
4.3.2	Kriminalitätszuwachs durch Arbeitslosigkeit . . . . .	12
<b>5</b>	<b>Schluß</b>	<b>12</b>

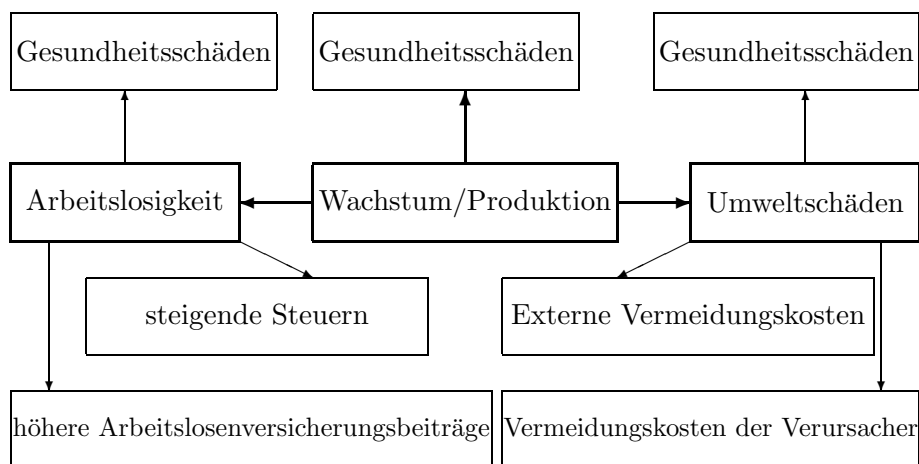
# 1 Einleitung

Zwischen 1930 und 1950 wurde die auch heute noch angewandte Bruttosozialproduktberechnung entwickelt. Diese Methode zur Bestimmung des Wirtschaftswachstums basiert auf der Addition von Dienstleistungen und Produktion. Die Zuwachsraten werden mit einer Zunahme an Wohlstand gleichgesetzt (Costas 1985, S.118). Oder anders formuliert, je höher die Zuwachsraten des Sozialproduktes und der Einkommen, umso größer der Erfolg für Politik und Volkswirtschaft (Leipert 1985, S.2). Dabei wird übersehen, daß ein Teil des Sozialproduktes aus defensiven Ausgaben der vorangegangenen Wirtschaftsjahre besteht. Wobei mit defensiven Ausgaben Folgekosten der Produktion gemeint sind, die von der Allgemeinheit getragen werden, z.B. Beseitigung und Vorbeugung ökologischer und gesundheitlicher Schäden, Kosten der Arbeitslosigkeit. Diese defensiven Ausgaben werden positiv in das Bruttosozialprodukt eingerechnet und tragen somit zum gesamtwirtschaftlichem Wachstum bei. Dies hat zur Folge, daß das Sozialprodukt umso höher ausfällt, je umweltfeindlicher, gesundheitsschädlicher und unsozialer produziert wird.

Die defensiven Kosten lassen sich in drei Bereiche gliedern

- Kosten im Bereich der Umweltschäden
- Kosten im Gesundheitssektor
- Kosten der Arbeitslosigkeit

Nachfolgende Graphik verdeutlicht die vom Produktionsprozeß hervorgerufenen ökologischen und sozialen Folgekosten.



In den folgenden drei Abschnitten der Arbeit werden wir auf die einzelnen Punkte der Graphik näher eingehen.

## 2 Soziale Folgekosten im Bereich Umwelt

Heutzutage wird im Zuge der zunehmenden Umweltverschmutzung oft übersehen, daß neben den eigentlichen Umweltschäden auch gesellschaftliche entstehen können. Diese können sich in Form von sozialen und ökologischen Folgekosten äußern. Sie werden selten vom eigentlichen Verursacher, beispielsweise der Industrie getragen, sondern von Politik und Unternehmen gerne auf die Allgemeinheit abgewälzt. Die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Last wird damit den Folgegenerationen übertragen.

In diesem Kontext ist es deshalb notwendig, auf das Maß des Wohlstandes unserer Industriegesellschaft einzugehen. Das Bruttosozialprodukt, in welches alle Wirtschaftsleistungen einfließen, unabhängig davon, ob sie direkt zum Wohlstand beitragen, oder nicht. Jeder Autounfall, [...] jede medizinische Behandlung von Umweltkrankheiten geht genauso als Erfolgsgröße in das Bruttosozialprodukt ein, wie die Güterproduktion oder die verschiedenen Dienstleistungen in einer Gesellschaft. ( TEUFEL 1991, S. 1 ) Durch Umweltbelastungen hervorgerufene Kosten tragen nicht zum allgemeinen Wohlstand bei, deshalb setzt hier ein Kritikpunkt an der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein. Einwände gegen das Sozialprodukt als Wohlstandsmaß ergeben sich aus folgenden Problemkreisen.

- die Nichtberücksichtigung der Verteilung der Einkommen
- der Wohlstandsbeitrag der Freizeit
- die Abgrenzung von Endprodukten und Vorleistungen im staatlichen Bereich
- die sozialen Kosten der Produktion.

Die sozialen Kosten gehen nicht in das Sozialprodukt ein, weil nicht bei ihren Verursachern anfallen. ( COSTAS 1985, S. 120 ) Das auf die gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausgerichtete Konzept behandelt die negativen externen Effekte geradezu widersinnig. Zum einen gehen wohlstandsmindernde Auswirkungen der privaten Produktion oder des Konsums, wie z. B. die Luftverschmutzung nicht negativ in das Sozialprodukt ein; die Produktion, die die Luft verschmutzt, zählt positiv. Zu den sozialen Kosten der Produktion gehören aber nicht nur die entstehenden Umweltschäden, sondern beispielsweise auch Kosten der vorzeitigen Erschöpfung von Ressourcen.

Man kann bei der Untersuchung der Folgekosten zwischen drei verschiedenen Kostentypen differenzieren.

- Vermeidungskosten des Verursachers : vom Verursacher zur Umweltbelastung beigetragene Kosten.

- Externe Vermeidungskosten : Folgekosten, die Betroffene von Umweltbelastungen zu tragen haben, um Schäden zu vermeiden.
- Externe Schadenskosten: Kosten oder Verluste, die Betroffene von Umweltbelastungen zur Reparatur von Schäden tragen müssen, die sie nicht verursacht haben.( TEUFEL 1991, S.3)

## 2.1 Entstehung der externen Folgekosten

Externe Folgekosten können z.B. durch starke Luftverschmutzung entstehen, denn diese kann Materialschäden an Gebäuden, Denkmälern etc. verursachen oder Schäden an Bäumen und Pflanzen hervorrufen. Aufnahmen von historischen Gebäuden und Kunstwerken zeigen, daß die Zerstörung schubweise um 1900 einsetzte, und zwar unabhängig vom Alter des Baudenkmals. Neuere Untersuchungen weisen nach, daß die Verwitterungserscheinungen an Natursteinen alter Bauwerke in der Zeit von 1900 bis 1970 etwa gleich groß sind wie in den vorangegangenen vier Jahrhunderten. Nach 1970 hat sich diese Entwicklung beschleunigt. 1985 schließlich trat das deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz mit dem Warnruf an die Öffentlichkeit, daß zum Waldsterben längst ein verheerendes "Steinsterben" gekommen sei. ( LEIPERT 1989, S.211 ) Um nun die Kosteneffekte zu betrachten, scheint das Beispiel Hessen geeignet. Dort wurde allein 1987 nach Angaben des Hessischen Landesamtes für Straßenbau 44. Mio. DM für die Sanierung von Stahlbetonbauten auf Autobahnen, Bundes-, Landes-, und Kreisstraßen in diesem Bundesland ausgegeben. In Rheinland-Pfalz schlugen diese Arbeiten in den vergangenen 5 Jahren mit 230 Mio. DM zu Buche. ( LEIPERT 1989, S. 213 )

Ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor ist gerade im Zusammenhang mit der Luftverschmutzung zu sehen. Es handelt sich hierbei um die Folgekosten der menschlichen Gesundheitsschäden. In den letzten Jahren nahm die Zahl der durch Luftverpestung verursachten Krankheiten wie Asthma oder Allergien dramatisch zu. Damit natürlich auch der entsprechende Kostenfaktor, auf den im folgenden Kapitel noch eingegangen wird.

Desweiteren kommt ein in der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenkender Störfaktor hinzu. Der Lärm, entweder in Form des Flugverkehrs oder des Straßenverkehrs. Diese Lärmbelästigung der Umwelt bringt ihrerseits wieder Kosten mit sich, z. B.

- bei der Wertminderung des Wohnens
- bei den Kosten für Abwehrmaßnahmen gegen den Lärm
- bei anfallenden Produktionsverlusten
- in Form von Gesundheitsschäden

Zusammen mit der Verschmutzung des Wassers, Nahrungsmittelbelastungen und der Beseitigung des täglichen Mülls entstehen auf diese Weise jedes Jahr unvorstellbare Kosten. Um eine Vorstellung davon erhalten zu können, zur Verdeutlichung einige Zahlen. Die Kosten durch Straßenverkehrslärm, Flugverkehr, Schienenverkehr, Industrielärm und Sportplatzlärm beliefen sich im Jahr 1989 auf 101.8 Mrd. DM pro Jahr. ( TEUFEL 1991, S. 32 ) Zusammen mit den ökologischen und sozialen Folgekosten für die Bereiche

- Luftverschmutzung
- Lärm
- Wasserbelastung
- Nahrungsmittel
- Müll
- Kfz-Verkehr ( + Unfälle )
- Asbest
- Holzschutzmittel

erhält man für das Jahr 1989 Kosten im Bereich von 475.5 Mrd. DM. ( TEUFEL 1991, S. 78 ). Das heißt, daß bei der Produktion und Konsumption umweltbelastender Güter externe Kosten in einer Größenordnung von über 20 Solange es Rohstoffe und natürliche Ressourcen im Überfluß gab, konnte sich jeder bedienen und es entstanden keine externen Kosten für andere. Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben bringt allerdings Veränderungen mit sich und damit langfristig gesehen auch die Ausbeutung an natürlichen Ressourcen und Lebensräumen. Die umweltbelastenden Güter werden starker nachgefragt als Rohstoffe vorhanden sind. Damit wirtschaften wir ständig über unsere Verhältnisse und die Umweltkrise mit ihren Folgekosten nimmt zu.

Da es sich bei der Produktion einiger Güter offensichtlich nicht vermeiden läßt, die Umwelt zu belasten, muß hier der Staat eingreifen, indem er den Verursachern härtere Kosten zuteilt. Das Vorsorge- und Vermeidungsprinzip sollte in ähnlicher Form realisiert werden. Von einigen politischen Parteien kommen dazu Vorschläge die Kosten durch Ökosteuern oder Emissionsabgaben zu senken. Zur Erreichung des Ziels einer ökologischen Kostenwahrheit der Preise müssen gravierende Änderungen des Steuer- und Abgabesystems erfolgen. Das Dilemma der Abwälzung der sozialen Folgekosten auf nachfolgende Generationen ist in diesem Zusammenhang ein völlig indiskutabler Ansatzpunkt, der in den Köpfen einiger Politiker und Bürger trotzdem

noch vorhanden zu sein scheint. Die einzige Alternative scheinen Steuern zu sein, denn der Weg über Vorschriften führt dazu, daß Umweltschutz als lästige Pflicht angesehen wird. Betreibt ein Unternehmen marktwirtschaftlichen Umweltschutz mit Preisen, ist unter Umständen der Anreiz da, Verringerungen der Umweltbelastungen nicht mit dem Faktor Kosten, sondern mit dem Faktor Gewinne zu verbinden.

### **3 Folgekosten im Gesundheitssystem**

Die Folgekosten des Produktionsprozesses, die sich im Gesundheitssystem niederschlagen, können in drei Bereiche aufgeteilt werden. Erstens verursacht die Produktion direkte Gesundheitsschäden bei den Arbeitnehmern in Form von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Zweitens entstehen indirekte Gesundheitsschäden bei der gesamten Bevölkerung durch produktionsbedingte Umweltverschmutzung. Wird drittens Arbeitslosigkeit als zum Produktionsprozeß dazugehörig angenommen, entstehen auch hierdurch Folgekosten im Gesundheitssystem, da durch die psychische Belastung bei Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern psychische und physische Erkrankungen hervorgerufen werden. Ferner kann noch ein vierter Bereich angenommen werden: Gesundheitsschäden durch von der Werbung provozierte Konsum- und Verhaltensmuster (z.B. falsche Ernährung oder Konsum von Nikotin und Alkohol) (Leipert 1985, S.16). Dies sind jedoch Kosten, die nur im weiteren Sinne mit der Produktion zu tun haben und mehr von gesellschaftlichen Normen abhängen, die zwar von der Werbung beeinflußt aber nicht von ihr geschaffen werden.

#### **3.1 Direkt verursachte Gesundheitsschäden**

Wie bereits gesagt betreffen die direkten Gesundheitsschäden die Arbeitnehmer, die selbst in den Produktionsprozeß eingebunden sind und durch ihre Arbeit gesundheitlich beeinträchtigt werden. Der Großteil der gesundheitlichen Schäden entfällt dabei nicht auf Unfälle, sondern auf Berufskrankheiten, die durch jahrelange ungesunde Tätigkeiten hervorgerufen werden. Dabei lassen sich die Belastungen, die durch den kapitalistischen Produktionsprozeß hervorgerufen werden, in drei Bereiche einteilen: Belastungen, die durch die Produktionstechnik entstehen (Umgang mit schädlichen Stoffen, monotone Arbeiten an Maschinen, ungesunde Haltung während der Arbeitszeit etc.); Belastungen, die durch die Arbeitsteilung bzw. Arbeitsorganisation entstehen (Schichtdienst, Nachtschichten, sehr lange Arbeitszeiten etc.); Belastungen, die durch die Leistungsbedingungen entstehen (Hohe Anspannung während der gesamten Arbeitszeit, wenn hauptsächlich nach Leistung bezahlt wird) (Bäcker 1985, S.36).

Die Zumutung solcher Belastungen kann von den Unternehmern umso eher durchgesetzt werden, je größer der Druck ist, überhaupt Arbeit zu haben. Somit hilft auch hier die anhaltende Massenarbeitslosigkeit den Arbeitgebern kostengünstiger zu produzieren und Kosten für die Gesundheit der Erwerbstätigen auszulagern. Diese Kosten werden dann in Form von defensiven Ausgaben auf die Gesellschaft umgelegt. Obwohl betriebliche Gesundheits- und Motivationskonzepte in den letzten Jahren wieder aufleben (Marstedt 1995, S.127) werden diese weniger genutzt um der Gesellschaft Kosten zu sparen (was betriebswirtschaftlich ja auch gar keinen Sinn machen würde), sondern um bestimmte, hochqualifizierte Arbeitnehmer an sich zu binden. Da diese meist sowieso weit weniger berufsbedingten Belastungen ausgesetzt sind als geringer qualifizierte Arbeitnehmer, hat diese "Health Promotion" kaum mindernde Wirkung auf die gesundheitlichen Folgekosten.

Die Belastungen, die die Arbeitnehmer während ihrer Arbeit allein durch die Produktionstechnik ertragen müssen sind z.B.: Lasten von mehr als 20kg tragen (23% der Erwerbstätigen im Jahre 1985); bei Rauch, Staub, Gasen, Dämpfen arbeiten (15%); im Stehen arbeiten (57%); in gebückter, hockender, kniender, liegender Stellung oder über Kopf arbeiten (15%); unter Lärm arbeiten (24%); arbeiten mit Öl, Fett, Schmutz, Dreck (20%) (BiBB, IAG 1987, S.384). Dabei bilden die Arbeiter die Gruppe mit den größten körperlichen Belastungen. 53% von ihnen sind drei oder mehr körperlichen Belastungen ausgesetzt (Bäcker 1989, S.42). Besonders diese Mehrfachbelastungen forcieren das Entstehen von Berufskrankheiten. Es ist ein direkter Zusammenhang zwischen diesen Belastungen und den häufigsten anerkannten Berufskrankheiten des Jahres 1987 zu sehen: Lärmschwerhörigkeit, Silikose ("Staublung" infolge Einatmens kieselsäurehaltigen Staubes), schwere Hauterkrankungen, Meniskusschäden durch Untertagearbeit, allergische Atemwegserkrankungen (Quelle: Unfallverhütungsbericht 1987, S.11). Auch wenn natürlich keine Berufskrankheit durch die Belastungen am Arbeitsplatz determiniert ist, so wies die Rentenstatistik 1987 auf, daß 47,2% der Arbeiter und ein Viertel der männlichen Angestellten wegen Erwerbs- bzw. Berufsunfähigkeit frühzeitig in Rente gingen (Bäcker 1989, S.52)!

Obwohl die Anzahl der (erfaßten) Arbeitsunfälle pro Jahr von Anfang der 60er Jahre bis Ende der 80er Jahre um 50% von 118 auf 60 je 1000 Vollbeschäftigten zurückging, ist auch dies nicht nur auf verbesserte Sicherheitsvorkehrungen sondern vor allem auf Veränderungen in der Branchenstruktur und im Unfallmeldeverhalten zurückzuführen. Zum einen arbeiteten Ende der 80er weniger Personen in gefährdeten Berufen wie Bergbau, Steine und Erden, Eisen und Metall als 1960. Zum anderen melden in Zeiten großer Arbeitslosigkeit weniger Arbeitnehmer einen Unfall aus Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren.



### **3.2 Durch Arbeitslosigkeit verursachte Gesundheitsschäden**

Wie oben bereits kurz dargelegt haben die Arbeitgeber im kapitalistischen Produktionsprozeß durchaus ein Interesse an einer großen Zahl Arbeitsloser. Die Kosten, die durch Massenarbeitslosigkeit entstehen zahlt die Gesellschaft und die Unternehmer haben ein Druckmittel gegenüber Arbeitnehmern und Gewerkschaften.

Arbeitslosigkeit verursacht in erster Linie psychische Erkrankungen, die sich aber auch in physischen Krankheiten niederschlagen können. Dies belegt eine Untersuchung von Brinkmann & Potthoff aus dem Jahre 1983, danach sind Erwerbslose gegenüber Erwerbstätigen überproportional von gesundheitlichen Problemen betroffen. Hierbei spielen auch Verstärkungen möglicherweise vorhandener Krankheiten eine Rolle. Nach Brenner (1973) kann sogar generell ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Rezession und einem Anstieg der Neuaufnahmen in psychiatrischen Kliniken beobachtet werden. Dies gilt vor allem für bereits biologisch gefährdete Personen (Entstehung von endogenen Psychosen). Dabei sind nicht nur Arbeitslose selbst sondern auch von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer betroffen.

Durch die Erwerbslosigkeit wird das vegetative Nervensystem beeinflusst, so daß es zu keinen ausgeprägten Erholungs- und Aktivitätsphasen mehr kommt. Dies kann über längere Zeit zu einer Fehlfunktion der Darmtätigkeit führen, die dann zu Magen-/Darmgeschwüren, Verdauungsbeschwerden und Arterienverkalkung führen kann (Kieselbach & Offe 1979). Die psychische Belastung schlägt sich auch in Herz-Kreislauf-Erkrankungen nieder. Es läßt sich sogar ein Anstieg der Sterblichkeitsrate bei steigenden Arbeitslosenzahlen nachweisen (Schumacher 1986, S.192). Typische durch Arbeitslosigkeit verursachte Erkrankungen sind: Magenerkrankungen, Schlafstörungen, Selbstmordanfälligkeit, Erhöhung von Blutdruck und Cholesterinspiegel (führt zu Herzerkrankungen), Depressive Verstimmungen (Schumacher 1986, S.194ff).

### **3.3 Durch Umweltbelastungen verursachte Gesundheitsschäden**

Die durch Umweltbelastungen verursachten Gesundheitsschäden sind am schwersten zu fassen, da hier die gesamte Bevölkerung betroffen ist. Noch dazu ist keine räumliche Trennung der Verursacher auszumachen. Die verursachten Schäden beziehen sich nicht nur auf ein Land sondern reichen über viele Länder hinweg, wie der Reaktorunfall von Tschernobyl bewiesen hat. Hier werden also defensive Kosten des Produktionsprozesses unter Umständen auf andere Nationen umgelegt. Direkt beobachtbar sind hier am ehesten: Häufung von Leukämieerkrankungen in der Nähe von Kernkraftwerken, Allergien und Hautkrankheiten in der Umgebung von Chemiewerken und Atemwegserkrankungen in der Nähe von Kohlekraftwerken. Aber auch bei diesen Beispielen ist es fast unmöglich einen direkten Zusammenhang zwischen Krankheit und Verursacher nachzuweisen.

## 4 Soziale Folgekosten der Arbeitslosigkeit

### 4.1 Arbeitslosigkeit als Folge des Wirtschaftswachstums

Ein dem marktwirtschaftlichen System immanentes Problem stellt die Arbeitslosigkeit dar. Sie geht einher mit dem wirtschaftlichen Wachstumsprozeß und dem ständigen Streben der Unternehmen nach Kostenreduzierung und Gewinnmaximierung. So werden steigende Arbeitslosenzahlen hervorgerufen, durch zunehmende wirtschaftliche Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen (vgl. Lederer 1981, S.51 f.). Zwar schafft eine expandierende Wirtschaft auch neue Arbeitsplätze, jedoch nicht im selben Ausmaß, wie sie durch technischen Fortschritt, Kooperationen, Fusionen oder innerbetrieblichen Stellenabbau, verlorengehen. Betrachtet man unser Wirtschaftssystem aus dem Blickwinkel der Unternehmer- und Arbeitgeberseite, so wird man feststellen, daß sogar ein berechtigtes Interesse am Fortbestand einer gewissen Arbeitslosenquote besteht, denn sie rückt eben diesen Personenkreis in die marktwirtschaftlich günstigere Position (vgl. Costas 1985). Es entsteht ein Angebotsüberhang an Arbeitskraft, dem eine Nachfragelücke gegenübersteht. Dies schwächt die Arbeiter bzw. die Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Während auf diese Weise die Unternehmen alleinige Nutznießer der heutigen Arbeitsmarktentwicklung sind, werden deren negative Begleiterscheinungen in Form von sozialen Folgekosten auf den Schultern der Allgemeinheit verteilt.

### 4.2 Direkte Folgekosten der Arbeitslosigkeit

#### 4.2.1 Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

In den Topf der Arbeitslosenversicherung, aus welchem Arbeitslosengeld, und später Arbeitslosenhilfe, gezahlt werden, zahlen nicht nur Unternehmen, sondern auch alle Arbeitnehmer mit ein. Eine steigende Arbeitslosenquote, die wie bereits erwähnt aus wirtschaftlichen Rationalisierungsmaßnahmen resultiert und den Unternehmen somit höhere Gewinne ermöglicht, verursacht somit steigende Ausgaben der Arbeitslosenversicherung, welche wiederum auf jeden einzelnen Beitragszahler umgeschlagen werden.

#### 4.2.2 Rente

Nicht vergessen werden darf an dieser Stelle auch das Problem einer steigenden Zahl von Frühpensionären, das ebenfalls durch Rationalisierungsmaßnahmen verursacht wird.

Ebenso wie die Arbeitslosenversicherung, wird auch die gesetzliche Rentenversicherung gezwungen, durch eine steigende Zahl der Anspruchsteller, ihre Beiträge zu erhöhen, bzw. die Renten zu kürzen. Leidtragende des dadurch nicht mehr zu finanzierenden Generationenvertrages sind auch hier in erster Linie die Arbeitnehmer, die ihr gesamtes Arbeitsleben ihren Rentenbeitrag zahlen, in der Erwartung, später von der Rente gut leben zu können. Demgegenüber ziehen Unternehmer, welche zwar ebenfalls einen Rentenbeitrag zahlen, auch ihren Nutzen aus den Rationalisierungsmaßnahmen, die zu Frühpensionierungen führen. Sie steigern ihre Gewinne, indem sie rationeller produzieren können.

### **4.2.3 Sozialhilfe**

Ebensolches gilt für Sozialhilfeempfänger. Sozialhilfeberechtigt ist jeder, der über kein geregelttes Einkommen verfügt und keinen Anspruch gegenüber einem Dritten hat. Hierunter fallen auch Langzeitarbeitslose, die nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung finanziert werden oder Schulabgänger, welche erst gar keinen Arbeitsplatz bekommen. Träger der Sozialhilfe sind die Gemeinden und Landkreise, welche sich aus Steuergeldern finanzieren. Steigt nun der Anteil an Sozialhilfeempfängern und sind sämtliche Mittel der Umfinanzierung seitens der Gemeinde ausgeschöpft, so bleibt letztendlich nur das Mittel der Steuererhöhung, welches wiederum unmittelbar oder über Umwege den Arbeitnehmer trifft. Wirft man einen Blick auf die Ausgaben der Arbeitslosen- und Rentenversicherungen sowie auf die Mittel, die von den Gemeinden für Sozialhilfe aufgewendet werden mußten, so fällt auf, daß die Leistungen in allen drei Bereichen in den letzten Jahren drastisch gestiegen sind (vgl. BMWi 1995, S. 130 ff.). So stieg beispielsweise das Sozialbudget von 742,9 Mrd. DM im Jahre 1990 auf 1106,2 Mrd. DM im Jahr 1993. Dies entspricht einer Zunahme von 48,9 % innerhalb von 3 Jahren!!! Als Fazit der unmittelbaren Folgekosten der Arbeitslosigkeit bleibt anzumerken, daß ein steigendes Wirtschaftswachstum, welches nur durch effiziente Produktion und damit durch äußerst rationelle Unternehmensstrukturen zu bewerkstelligen ist, vorwiegend zu Lasten von Arbeitnehmern gehen. Doch es bleibt nicht bei diesen unmittelbaren Folgekosten. Arbeitslosigkeit bringt weitere nicht zu unterschätzende Kostenfaktoren mit sich, die im Folgenden erläutert werden sollen.

## **4.3 Indirekte Folgekosten der Arbeitslosigkeit**

### **4.3.1 Krankheiten infolge von Arbeitslosigkeit**

Arbeitslosigkeit kann sogenannte psycho-soziale Gesundheitsbeeinträchtigungen bewirken. Das bei zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit ansteigende Gefühl, nicht

gebraucht zu werden oder gar nutzlos zu sein, verursacht Begleiterscheinungen mannigfaltiger Art. Psychische Krankheiten, welche sich auch physisch bemerkbar machen, Depressionen, Flucht in Drogenkonsum, Suizidversuche, etc.. Wenn es auch nicht einfach ist, diese Folgen der Arbeitslosigkeit allein zuzurechnen, so bleibt zumindest deren Einfluß auf derlei Folgen unstrittig. Die daraus hervorgehenden Folgekosten sind enorm und nicht zu unterschätzen (siehe 3.2)

#### **4.3.2 Kriminalitätszuwachs durch Arbeitslosigkeit**

Ein weiterer, nicht auf den ersten Blick ersichtlicher Kostenfaktor der Arbeitslosigkeit sind die Folgekosten einer steigenden Kriminalitätsrate. Kriminalität wächst durch zunehmende Industrialisierung, Bildung von Ballungsräumen und Urbanisierung. Bedingungen, wie sie durch die Marktwirtschaft hervorgerufen werden. Gleichzeitig treibt die Arbeitslosigkeit und der damit verbundene Mindererwerb die Menschen vermehrt in die Kriminalität. Dies hat für die übrige Bevölkerung Konsequenzen in zweierlei Hinsicht. So hat sie zum einen die unmittelbaren Folgen der Kriminalität zu tragen. Sie muß also für die verursachten materiellen und immateriellen Schäden, aufkommen. Zum anderen ruft Kriminalität natürlich auch Maßnahmen zu deren Bekämpfung hervor. Öffentliche Mittel werden verstärkt benötigt zum Ausbau der inneren Sicherheit. Diese Ausgaben werden auch als defensive Ausgaben für Kriminalität bezeichnet. Derzeit steigen in den Industrieländern die Ausgaben für innere Sicherheit überproportional zum Sozialprodukt ! (Leipert 1985/7, S. 17). Diese Ausgaben zur Bekämpfung von Kriminalität werden folglich aus Steuergeldern bezahlt. Die Allgemeinheit hat demnach auch diese Kosten zu tragen. Hinzu kommen hierbei auch steigende Ausgaben des einzelnen für Versicherungen wegen erhöhter Einbruchs- und Diebstahlszahlen.

## **5 Schluß**

Abschließend läßt sich sagen, daß es wohl sehr schwer fiele ein Bruttosozialprodukt zu berechnen, das um die defensiven Ausgaben vermindert ist. Denn es ist nahezu unmöglich zu bestimmen, welche Kosten (z.B. des Gesundheitswesens) tatsächlich unmittelbare Folgekosten des Produktionsprozesses sind. So sterben heutzutage etwa 50% der Bürger der BRD an Herz-Kreislauf-Erkrankungen (Bäcker 1989, S.26). Es ist unwahrscheinlich, daß alle diese Erkrankungen durch die Produktion hervorgerufen werden. Es ist andererseits sehr wahrscheinlich, daß ein Großteil dieser Krankheiten jedoch durch die Produktion ungünstig beeinflusst wird.

Ein Anfang wäre allerdings schon damit getan, daß beispielsweise die Kosten, die im Gesundheitssystem durch anerkannte Berufskrankheiten und Frühinvaliden entstehen, vom Bruttosozialprodukt abgezogen werden und somit als defensive Kosten

des Produktionsprozesses erkannt werden. Dies würde allerdings bei weitem noch nicht alle defensive Kosten im Gesundheitssektor erfassen, da die Definition von Berufskrankheiten sehr eng gefasst ist und nur 55 Krankheiten umfaßt. So sind z.B. Erkrankungen aufgrund psychischer Belastungen ausgeklammert (Bäcker 1989, S.49).

Die Kosten, die direkt als Folgekosten der Produktion identifiziert werden können, könnten somit in Form einer Abgabe den Unternehmen aufgebürdet werden. Was natürlich das Problem aufwirft, daß darunter die internationale Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Unternehmen durch höhere Produktionskosten leiden würde. Es wäre zudem eine Ungleichbehandlung verschiedener Branchen, da nur bestimmte Folgekosten als solche erkannt werden können. So wäre die Staublung eines Bergarbeiters leichter als Folge seiner Tätigkeit auszumachen, als die Leukämieerkrankung eines Angestellten eines Kernkraftwerks.

Ein anderer Ansatzpunkt wäre die Verminderung der Folgekosten durch präventive Maßnahmen, die letztendlich billiger sind, als die Beseitigung der entstehenden Schäden. In den Bereichen in denen sich z.B. Umweltbelastung nicht vermeiden läßt, müssen die sozialen und ökonomischen Folgekosten den Verursachern zugewiesen werden. In diesem Zusammenhang müßte der Staat Präventivmaßnahmen z.B. ordnungsrechtliche Erlasse vorschreiben um vermeidbare Umweltschäden von vornherein auszuschließen. Somit könnte ein ökonomischer Anreiz für die Unternehmen geschaffen werden, die Folgekosten zu senken mit dem positiven Effekt, daß die Umweltschäden verringert werden. Diese Kosten allein den Unternehmen aufzubürden würde allerdings zu derselben wettbewerbsverzerrenden Situation führen wie oben. Daher müßten die Präventivmaßnahmen seitens des Staates subventioniert werden. Dies wäre gegenüber der heutigen Praxis sinnvoll, da die Allgemeinheit momentan *sämtliche* Folgekosten zu tragen hat und die letztendlich teurer sind als die Prävention. Geschieht dies nicht, könnte die Abwälzung der Folgekosten auf die Allgemeinheit und auf zukünftige Generationen zu einem Versagen der Marktwirtschaft führen (vgl. Teufel 1991, S.84).

## Literatur

- [1] Bäcker, G.; Bispinck, R.; Hofemann, K.; Naegele, G., 1989 : *Sozialpolitik und Soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Band 2 Gesundheit - Familie - Alter - Soziale Dienste*, 2. Aufl., Köln: Bund-Verlag.
- [2] BiBB, IAG (Hrsg.), 1987: *Neue Technologien: Verbreitungsgrad, Qualifikation und Arbeitsbedingungen*. in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

- [3] Brinkmann, C.; Potthoff, P., 1983: *Gesundheitliche Probleme in der Eingangsphase der Arbeitslosigkeit*. in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 16, Heft 4, S. 378-398.
- [4] Brenner, M.H., 1973: *Mental illness and the economy*. Cambridge: Harvard University Press.
- [5] Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi), 1995: *Wirtschaft in Zahlen '95*. Bonn.
- [6] Bust-Bartels, Axel, 1990: *Skandal Massenarbeitslosigkeit: Zwischen passivem Staat und alternativer Arbeitsmarktpolitik*. Opladen.
- [7] Costas, Ilse, 1985: *Wirtschaft- und Sozialstatistik*. Frankfurt am Main, New York.
- [8] Kieselbach, T.; Offe, H., 1979: *Psychologische, gesundheitliche, soziale und politische Folge von Arbeitslosigkeit - Ein kritischer Überblick*. in: Kieselbach, Offe (Eds.): *Arbeitslosigkeit. Individuelle Verarbeitung, gesellschaftlicher Hintergrund*. Darmstadt: Steinkopff.
- [9] Lederer, Emil, 1981: *Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit: Eine Untersuchung der Hindernisse des ökonomischen Wachstums*. Frankfurt am Main.
- [10] Leipert, Christian, 1989: *Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert*. Frankfurt am Main.
- [11] Schui, Herbert, 1991: *Ökonomische Grundprobleme des entwickelten Kapitalismus*. Heilbronn.
- [12] Schumacher, Egbert, 1986: *Arbeitslosigkeit und psychische Gesundheit: Ergebnisse der Forschung*. München: Profil.
- [13] Teufel, Dieter u.a., 1993: *Umwelt- und Prognoseinstitut Heidelberg: Ökologische und soziale Kosten der Umweltbelastung in der BRD*. UPI-Bericht Nr. 20.
- [14] Unfallverhütungsbericht, 1987: BT-Drucksache 11/3736 vom 14.12.88.

e-Mail:larsperle@gmx.de